

Ende der Besatzungszeit

5. Mai. Mit einem feierlichen Akt wird von der Bundesregierung und alliierten Vertretern das formelle Ende des Besatzungsregimes gewürdigt, das durch die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Londoner und Pariser Abmachungen (→ Oktober 1954) eingetreten ist. Fast auf den Tag genau, zehn Jahre nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945, enden damit in der Bundesrepublik die unmittelbaren Formen der Kontrolle durch die Siegermächte.

Die alliierten Dienststellen werden abgeschafft; die Hohen Kommissare treten zurück und werden zu Botschaftern. Die neuernannten Botschafter der Westmächte überreichen in Bonn ihre Beglaubigungsschreiben.

Ehemaliger Hochkommissar und neuer Botschafter der Vereinigten Staaten in Bonn ist James B. Conant, Frankreich wird durch André François-Poncet vertreten und Großbritannien durch Frederick Robert Hoyer-Millar, die ebenfalls vorher Hochkommissare waren.

BERLINER MORGENPOST

Tempelhof Anzeiger

4. Jahrgang - Nummer 104

Donnerstag, 5. Mai 1955 15 Pf. Sonntags 30 Pf.

Bundesrepublik heute souverän

Um 12 Uhr mittags tritt der Deutschlandvertrag in Kraft
Feierliche Regierungserklärung des Bundeskanzlers

Von unserer Korrespondentin
MCH, Bonn, 5. Mai

Die Bundesrepublik wird heute mittags um 12 Uhr nach der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Londoner und Pariser Abmachungen in Kraft treten. Damit endet fast zwanzigjähriger Besatzungsregime in Westdeutschland. Die Bundesrepublik erhält die volle Macht eines souveränen Staates über ihr inneres und äußeres Angelegenheiten. In einer Proklamation der alliierten Mächte wird Bundeskanzler Adenauer die politische Befreiung dieses Tages verkündet. Wie gestern durch eine Sitzung der UNO bestätigt, die heute in Bonn mit einer feierlichen Zusammenkunft der UNO, Großbritannien und Frankreich, die auch von den Vereinten Nationen (UNO) durch den Generalsekretär Dag Hammarskjöld in Bonn abgehalten wird, die von den Westmächten überreichten Beglaubigungsschreiben in Bonn ihre Beglaubigungsschreiben.

Sanktion wurde abgewiesen
Kernkraft: Der Westblock lehnt nicht vorläufige Genehmigung

Der Westblock lehnt nicht vorläufige Genehmigung der Kernkraft. Der Westblock lehnt nicht vorläufige Genehmigung der Kernkraft. Der Westblock lehnt nicht vorläufige Genehmigung der Kernkraft.

Nener Vorsitz von PAF
Der neue Vorsitz von PAF. Der neue Vorsitz von PAF. Der neue Vorsitz von PAF.

Differenzen um Wiener Öl
Differenzen um Wiener Öl. Differenzen um Wiener Öl. Differenzen um Wiener Öl.

Die Berliner »Morgenpost« mit der Schlagzeile des Tages.

Schillerfeiern in Stuttgart und Weimar

9. Mai. Mit Feiern in besetzten Staaten wird des 100. Jahrestag Friedrich Schillers. Bei einem Festakt im Landestheater hält Theodor Heuss die Gedenkrede nach den Worten des Bundespräsidenten Theodor Heuss. Thom »Versuch über Schiller der gelungene Versuch: das Schillerbild des 21. Jahrhunderts zu formulieren. A tritt Thomas Mann mit d Rede in der DDR im Nationaltheater auf.

Konservative Wahlsieg in Großbritannien

26. Mai. Zum erstenmal in 100 Jahren gelingt es der konservativen Regierung, aus dem Unterhaus gestärkt hervorzutreten. Die Konservativen unter Premierminister Sir Eden können ihre Mehrheit im Unterhaus von 320 auf 327 Sitze ausbauen, der Labourfraktion geht es um 277 Sitze zurück.

Sowjetunion schließt Vert über Atomen

2. Mai. In Moskau wird eine Reihe von Abkommen unterzeichnet, durch die die Sowjetunion verpflichtet, Kenntnisse über die atomare Nutzung der Atome an China, Polen, Rumänien und die Tschechoslowakei zu geben. Die Sowjetunion versucht, die Atomenergie für Elementarteilchen zu liefern und ihre wissenschaftlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Sowjetische Spezialisten werden beim Bau der Anlagen in Ungarn und Rumänien eingesetzt. Der Abschluß ähnlicher Abkommen mit Ungarn und Rumänien wird angekündigt.



Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden des Deutschlandvertrags wird die Bundesrepublik souverän. Vor dem Mikrofon bei der Erklärung der Hinterlegung der neuen britischen Botschafter Robert Hoyer-Millar, links der französische Botschafter André François-Poncet, daneben Bundeskanzler Adenauer. Die USA hatten die Urkunde früher hinterlegt.

Ende der Besatzungszeit

BERLINER

DONNERSTAG, 5. MAI 1955 15 Pf. A. J. SWARTZ 29 PFENNIG

MORGENPOST

Tampelhof's Anzeigen

58. Jahrgang — Nummer 104

Anzeigen u. Vertriebs-Büro: A.G. Berlin-Tempelhof, Märchenstr. 1, Tel. 7 12 11, Fernschreiber 038 1038. Abonnements u. A. B. Programm im Vertriebsbüro u. in allen Morgenpost-Funktionen. Druck: Friedrich-Wilhelm-Str. 81, Tel. 75 18 23, Märchenstr. 1, Tel. 76 05 4. Druck: 24 00 20. Lizenzierte Preissenkungen: 1. Tel. 76 05 4. Bank: Berlin, Bank AG, Dep. K 27, Postfach, Berlin West 12.

Angabe für Tempelhof, Märchenstr. 1, Telefon 7 12 11, Fernschreiber 038 1038. Die Berliner Morgenpost erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis bei Lieferung zu Hause monatlich 3,70 DM oder wöchentlich 85 Pf. auswärts bei Postums monatlich 3,85 DM zuzüglich 16 Pf. Zustellgeld. Bei unvollständigem Ansatze der Lieferung kein Ersatzanspruch. Verlag Redaktion.

Bundesrepublik heute souverän

Um 12 Uhr mittags tritt der Deutschlandvertrag in Kraft Feierliche Regierungserklärung des Bundeskanzlers

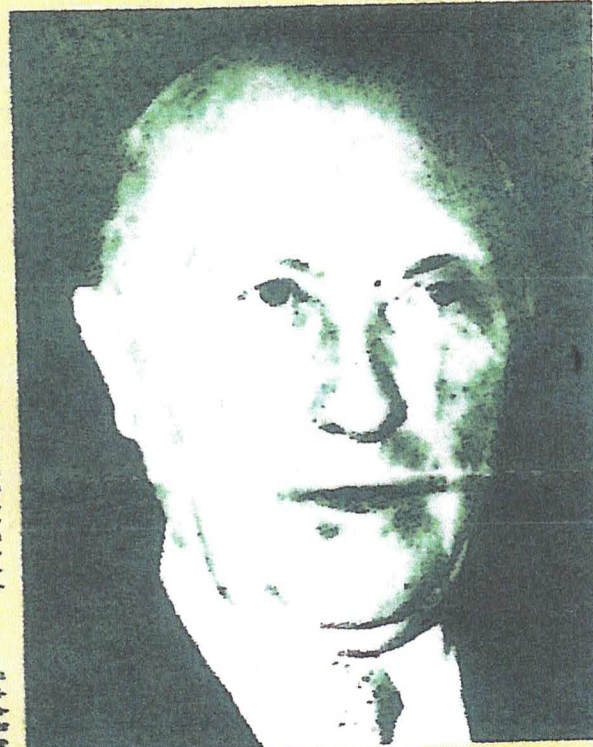
Von unserer Bonner Redaktion

NOH, Bonn, 5. Mai

Die Bundesrepublik wird heute souverän. Mittags um 12 Uhr nach der Hinterlegung der britischen und der französischen Ratifikationsurkunden der Deutschlandvertrag in Kraft treten. Damit endet nach dreijähriger Dauer das Besatzungsregime in Westdeutschland. Die Bundesrepublik erhält „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“. In einer Proklamation an alle Deutschen wird Bundeskanzler Adenauer die politische Bedeutung dieses Tages würdigen. Wie gestern Abend nach einer Sitzung des

Bundeskabinetts verlasen, wird der Kanzler die Proklamation in Form einer Regierungserklärung vor dem Bundestag bekanntgeben. Sie wird voraussichtlich im Laufe des Tages von allen Rundfunksendern übertragen werden. In der Proklamation soll betont werden, daß für die Bundesrepublik die Rückgewinnung der Souveränität nur ein Teil der halben Freude sein kann, solange Deutschland nicht wiedervereinigt ist. Letztes politisches Ziel der Bundesregierung sei die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und ein endgültiger Friedensvertrag.

nach begeben sich die Oberkommissare Großbritanniens und Frankreichs, Sir Hoyer-Hilfer und Francois-Poncet ins Bundeskanzleramt, um im Namen ihrer Regierungen die Ratifikationsurkunden zum Deutschland-Vertrag zu hinterlegen. Die USA und die Bundesrepublik lassen die Urkunden bereits am 20. April hinterlegen. Die Zeremonie soll in der ersten, die um 12 Uhr mittags beginnt, abgebrochen werden. Die bisherigen Oberkommissare werden das Palais Schaumburg, das sie als höchste Repräsentanten von Besatzungsmächten betreten, als Botschafter verbundener Nationen verlassen (Siehe auch Leitartikel).



DIE POLITIK KONRAD ADENAUERS gab der Bundesrepublik zehn Jahre vor dem Kriege die Souveränität wieder.

Saarklage wurde abgewiesen

Karlsruhe: Das Saarabkommen ist nicht verfassungswidrig

Bundes Press-Agentur/AP
Karlsruhe, 5. Mai:
Das Zustimmungsprotokoll zum Saarabkommen ist nicht verfassungswidrig, entschied gestern in Karlsruhe der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts unter Vorsitz von Präsident Dr. Wilhelm. Damit ist das Urteil des von 174 Bundesgesetzgebenden abgeordneten Normen-Kontrollganges gegen das deutsch-französische Saarstatut ab. Die 174 Bundesgesetzgebenden, 162 von der SPD, 7 von der FDP, 4 von dem BHE und ein Unabhängiger, hatten im März beim Gericht die Fortschickung beantragt, daß das Saarabkommen mit dem Grundgesetz unvereinbar und demnach un-

mittelbar an einer Neuordnung im Saargebiet nicht ist. Die Tatsache des Vertrags schloßes bedeute auch nicht eine Anerkennung des von Frankreich im besetzten gehaltenen Zustandes. Für die Bundesregierung der CDU/CSU äußerte gestern Minister Hoogen zu der Karlsruhe Entscheidung, das oberste deutsche Gericht habe erneut zu erkennen gegeben, daß auf dem Gebiete der Außenpolitik Bundesrecht und Bundesregierung grundsätzlich nicht zuständig sind. Man könne nur hoffen, daß für die SPD die sechs verbleibenden Prozesse auf größtmöglichem Gebiete eine wertvolle Belehrung sein werden. Die SPD-Bundesregierung will zu der

Neuer Vorstoß von PMF

Associated Press

Paris, 5. Mai:
Am dem eintägigen außerordentlichen Kongress der Radikalen-Sozialistischen Partei Frankreichs bei der früheren Ministerpräsidenten Pierre Mendès-France gestern in Überstimmung mit dem Ehrenvorsitzenden der Partei, Edouard Morlot, die Delegation aufzulösen, eine Partei der politischen Linken zu werden. PMF schlug die Annahme eines festen Parteiprogramms für die Parlamentswahlen des kommenden Jahres in diesem Sinne vor. Der Kommunismus und die Bildung einer Volkspartei

Differenzen um Wiener Öl

Österreichs Außenminister vermittelt zwischen den Großmächten

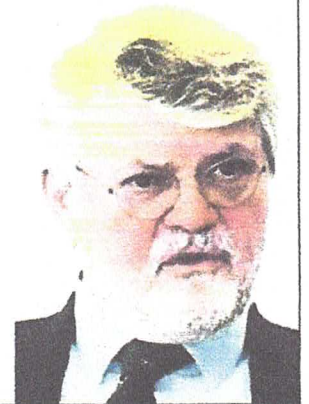
Associated Press ... nach-kr.lichen Gesellschaften zw...

Die Berliner »Morgenpost« mit der Schlagzeile des Tages.



**„Mit dem ESM-Vertrag
putscht eine kleine
Gruppe von Regierenden
gegen ihr eigenes
Volk.“**

Rolf von Hohenhau
Präsident des Europäischen Steuerzahlerbundes



Betreff:

WG: Brüderle bestätigt faktisch: „Ich habe den ESM-Vertrag nicht gelesen – und trotzdem zugestimmt.“

Von: Günter Klietsch [mailto:gueklietsch@t-online.de]

Gesendet: Donnerstag, 2. August 2012 12:12

An: gueklietsch@t-online.de

Betreff: WG: Brüderle bestätigt faktisch: „Ich habe den ESM-Vertrag nicht gelesen – und trotzdem zugestimmt.“

Und wann gestehen die anderen 600soundsoviele angeblich in "unserem" Auftrag und von uns sehr gut bezahlten dies ein und bekennen sich schuldig??? Allesamt sollten den Mut aufbringen und eingestehen, daß sie dafür die volle Verantwortung übernehmen und die Konsequenzen tragen! Ein Skandal sondergleichen! Feiglinge, welche auf konkrete Fragen mit Lügen antworten.

Haben also alle, die gewählt haben, tatsächlich nur Lügner und Hasardeure als "unsere" Volksverräter gewählt, die nicht das Wahlvolk vertreten? Diesem Pack im wahrsten Sinne des Wortes "ihre Stimme abgeben."

Depremierte Grüße
Günter & Sibylle

Von: Erika Thurner (ET) [mailto:ET@helpside.de]

Gesendet: Donnerstag, 2. August 2012 10:29

An: ET@helpside.de

Betreff: Brüderle bestätigt faktisch: „Ich habe den ESM-Vertrag nicht gelesen – und trotzdem zugestimmt.“

Von: Beatrix von Storch [mailto:beatrixvonstorch@zivilekoalition.de]

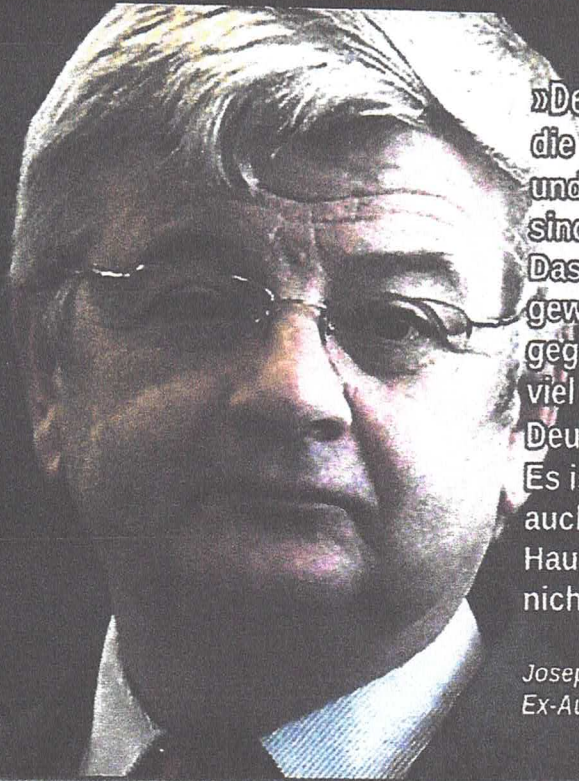
Gesendet: Donnerstag, 2. August 2012 08:47

An: ET@helpside.de

Brüderle bestätigt faktisch: „Ich habe den ESM-Vertrag nicht gelesen – und trotzdem zugestimmt.“

Klicken Sie [hier](#), wenn die Nachricht nicht korrekt angezeigt wird.

Die Ausplünderung Deutschlands ist Staatsräson!



»Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas sind.

Das wird immer wieder zu Ungleichgewichten führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland heraus geleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür, es kann auch radikal verschwendet werden - Hauptsache, die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet.«

*Joseph "Joschka" Fischer (Die Grünen)
Ex-Außenminister & Ex-Vizekanzler*





(Antwort auf die Beschwerde zu Integrationsproblemen von 50 Anwohnern)

Nargess Eskandari-Grünberg, in der Frankfurter Rundschau vom 13. November 2007.

Augenzeugen sagen, es hieß wörtlich „...dann wandern Sie aus!„

Die Feinde Deutschlands:



„Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land.“

- Vorstand der Bündnis90/Die Grünen



Wann kommt der Gedenktag für die zahlreichen Deutschen Opfer?



Alltag deutschenfeindliche Richterwillkür



Milde Strafen

Harte Strafen



"... keine Ausländerfeindlichkeit - und bring morgen ein neues Handy mit!"

Macht doch
was ihr wollt, solange
ihr uns auch gut
bezahlt.



Niemand hat die Absicht,
eine Mauer zu errichten!



Walter Ulbricht
DDR - Staatsratsvorsitzender, Juni 1961

Solange ich lebe,
wird es zu keiner
gesamtschuldnerischen
Haftung in Europa
kommen!



Angela Merkel
Bundeskanzlerin, Juni 2012



© Götz Wiedenroth • www.wiedenroth-karikatur.de
www.wiedenroth-karikatur.blogspot.com

Dienstbarer Geist bei der Fassadenarbeit

*"Als Deutsche haben wir unsere eigene Kultur,
unsere eigene Gesellschaftsordnung,
unsere eigene Sprache
und unseren eigenen Lebensstil.
Diese Kultur hat sich während Jahrhunderten entwickelt
aus Kämpfen, Versuchen und Siegen
von Millionen Männern und Frauen,
die Freiheit suchten."*

Aus dem Brief einer Jungfrau an einen Mann, der sich für den Islam interessiert.



**„Ich wollte, dass Frankreich bis zur Elbe reicht
und Polen direkt an Frankreich grenzt.“
- Sieglinde Frieß**

Die Feinde Deutschlands:



**„Deutsche sind
Nichtmigranten, mehr nicht!“**

Claudia Roth, Bündnis90/Die Grünen

Die Feinde Deutschlands

Cem Özdemir



„In zwanzig Jahren haben wir eine Grüne Bundeskanzlerin und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt.“

Cem Özdemir: Bündnis90/Die Grünen (Quelle: Tagesspiegel vom 16.04.2009)

© 2009 by TSP/Photo Agency

“Die Großen hören auf
zu herrschen, wenn die
Kleinen aufhören zu
k r i e c h e n ! ”

Friedrich Schiller

Wilhelm Hankel

Die **EURO** Lüge

... und andere volkswirtschaftliche Märchen



SIGNUM

Es geht aufwärts mit der Konjunktur. So meint es der Finanzminister und zählt seine wachsenden Steuereinnahmen. Märchenstunde! Real wächst, nicht nur in Deutschland, die Kluft zwischen Arm und Reich. Trotz Aufschwung, beeindruckenden Exporterfolgen und explodierenden Börsen verkümmern Binnenwirtschaft, Mittelstand und Infrastruktur. Dem Staat fehlt das Geld für Bildung, Forschung, Soziales und den dringend benötigten Nachwuchs.

Der EURO sollte ein Goldenes Zeitalter heraufführen, in Deutschland und für Europa. Jetzt droht der stärksten europäischen Volkswirtschaft der Abstieg. Erklärt wird der Fehlschlag der Politik mit immer neuen »harten Fakten« aus einer schier unerschöpflichen volkswirtschaftlichen Mottenkiste. Die Globalisierung verlange es nun einmal, daß sich der Staat den Marktdiktaten anpasse, statt umgekehrt.

Dumm nur, daß der EURO die alten Inflationsländer boomen läßt, nur nicht Deutschland, das an seiner bewährten Währungsstabilität festhalten will. Dank für sein Währungs- und Zinsgeschenk an die Partner hat Deutschland nicht geerntet. Sie vergelten es mit dem »Teuro«, vereinnahmen seine Überschüsse zur Bezahlung ihrer Defizite im Ausland und ihres Überkonsums im Inland und werben mit Dumpingsteuern und Niedriglöhnen Investitionen und Arbeitsplätze ab, die hierzulande bitter fehlen.